ANFRAGE DER ABGEORDNETEN SABINE MANDAK, DIE GRÜNEN

Herrn
LH Dr. Herbert Sausgruber
Landhaus
6900 Bregenz

Feldkirch, 24.4.2002

Anfrage
gemäß § 54 Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages zur
**Gesundheitsbelastung von SchülerInnen und LehrerInnen im
Bundesrealgymnasium Dornbirn - Schoren**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

ich erlaube mir die folgende Anfrage an Sie zu richten, da für mich die Zuständigkeiten nicht klar zu erkennen sind, aber dieses Problem wird Teil der Anfrage sein.

Im Bundesrealgymnasium Dornbirn-Schoren wurde im Zuge der Renovierung von 12 Klassen auch der Fußboden neu verlegt, bzw. abgeschliffen und versiegelt. Die Versiegelung des Bodens wurde an einem Freitag durchgeführt, bereits am darauf folgenden Montag - dem 11.2. - wurde in den Klassen unterrichtet. SchülerInnen und LehrerInnen klagten in der Folge über Beschwerden wie Kopfschmerzen, Übelkeit und Hautausschlägen.

Die Situation in den Klassen verbesserte sich nicht. Es stellte sich heraus, dass auch das Be- und Entlüftungssystem der Klassen nicht funktionierte, d.h. die SchülerInnen saßen bei geschlossenen Fenstern in den von Lackdämpfen erfüllten Räumen. Diese Lüftung hat bis 14. März, das sind über vier Wochen, NICHT funktioniert! (Vgl. Zitat des Schulleiters in der ersten Elterninformation über die Angelegenheit, die auch vier Wochen nach dem Bezug der Klassen ausgesandt wurde: „Bis morgen Mittwoch (13. März) sollte dies alles funktionieren und die Lüftung weiterhin oder erstmals in Dauerbetrieb stehen.“)

In einer V-heute Sendung wurde über die Zustände berichtet, der zuständige Schularzt hat in dieser Sendung eine gesundheitliche Gefährdung ausgeschlossen.

In der ORF Landesrundschau vom 16. April wurde von der Lackerzeugungsfirma FORBO – das ist die Firma, deren Produkte verwendet wurden - erklärt, dass es sowohl Lacke mit 10%igem Lösungsmittelanteil gäbe, wie auch Lacke mit 50%igem Anteil. Diese hochprozentigen Lacke seien in bestimmten Anwendungsbereichen erlaubt und könnten im Ermessen des Anwenders verwendet werden. Herr Dönz von der Bundesimmobiliengesellschaft erklärte, dass der im BRG Schoren verwendete Lack einen Lösungsmittelanteil von 10% hätte, dieser Lack würde in fast allen Schulen und öffentlichen Gebäuden verwendet werden.

Schon ab Mitte Februar wurde das Umweltinstitut tätig und hat Messungen in den Klassen vorgenommen.

Auf der Homepage der Schule sind mittlerweile drei Elterninformationen der Direktor zur Luftqualität zu finden:

In der ersten Information heißt es: "Die technischen Beschreibungen der eingesetzten Lacke und Farben wurden ebenfalls überprüft; es handelt sich um zugelassene Produkte." Im zweiten Brief vom 11. April wurden die Eltern nach dem V-heute Beitrag noch einmal beruhigt „die uns bereits seit dem 20. Februar vorliegenden Unterlagen zeigen, dass der verwendete Zweikomponentenlack KEINEN Lösungsmittelanteil von über 10% aufweist!“. Im dritten Brief vom 16. April wird nochmals betont, dass sich die Schulleitung „rasch und zielstrebig um die Luftproblematik in den neuen Klassen“ gekümmert und „als wirkungsvollste Maßnahme die Lüftung voll aktiviert hat“. Allerdings wird in diesem Schreiben korrigiert, dass der verwendete Lack „einen Lösungsmittelanteil von über 10% aufweist“ – wie hoch der Anteil jedoch ist, bleibt unerwähnt. Die Schulleitung geht „jedoch weiterhin davon aus, dass die Aussage eines Wiener Experten, der eine Gesundheitsgefährdung insofern nicht sieht, als Spätfolgen auszuschließen sind, als gültig an.“ Die Aussage dieses Fachmannes wurde gemacht, bevor der tatsächliche % - Anteil der Lösungsmittel bekannt wurde.

Die SchülerInnen und LehrerInnen benutzen seit nunmehr neun Wochen diese – anfangs nicht gelüfteten! - Klassenräume und sind Lösungsmitteldämpfen ausgesetzt, die von zumindestens ungeeigneten, wenn nicht sogar gesetzlich verbotenen Lacken stammen. Die bisherigen Gesundheitsbelastungen sind nicht mehr rückgängig zu machen, trotzdem ist es dringend notwendig aus den Vorfällen Konsequenzen zu ziehen und ich ersuche Sie daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wer ist dafür verantwortlich, dass a) SchülerInnen und b) LehrerInnen während der Zeit in der sie sich innerhalb des Schulgebäudes aufhalten, keinen gesundheitsschädlichen Einflüssen ausgesetzt sind?
2. Welche Aufgaben/ Pflichten hat der Schularzt oder die Schulärztin im Falle von Beschwerden von SchülerInnen, die eindeutig in Zusammenhang mit einer baulichen Maßnahme stehen?
3. Wer ist dafür verantwortlich, dass a) in Bundesschulen und b) in Pflichtschulen nur Materialien verwendet werden, die den gesetzlichen Richtlinien entsprechen?
4. Ist das Land Vorarlberg darüber hinaus bereit in Landesgebäuden höhere Qualitätskriterien für Baumaterialien anzuwenden?
5. Welche Aufgaben und Pflichten hat die Schulleitung im Fall von gravierenden Beeinträchtigungen nach Baumaßnahmen?
6. Welche Lacke wurden auf die Böden der neu renovierten Klassen des BRG Schoren aufgebracht? Wie heißt das Produkt und welcher Anteil von organischen Lösungsmitteln ist darin enthalten?
7. Entsprechen diese Lacke den gesetzlichen Bestimmungen? Wenn nicht, um wieviel übersteigen die enthaltenen verbotenen Substanzen den zulässigen Grenzwert?

8. Wenn die Lacke nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, wer ist dafür verantwortlich, dass sie trotzdem eingesetzt wurden?
9. Wer ist für die Einhaltung der Lösemittelverordnung und des Chemikaliengesetzes zuständig?
10. Sollte gegen diese Gesetze verstoßen worden sein, was hat das für Konsequenzen?
11. Wer hat veranlaßt, dass bereits zwei Tage nach dem Lackieren die Klassen wieder benutzt wurden?
12. Entspricht diese Vorgangsweise den Richtlinien?
13. Wer ist dafür verantwortlich, dass die Klassen bereits benutzt wurden, ohne dass die Be- und Entlüftung auf ihre Funktionstauglichkeit überprüft ist?
14. Ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass vor Bezug eines Gebäudes die Bauabnahme eines Bauteilabschnitts erfolgt, bevor ein Gebäude bezogen wird?
15. Wenn ja, wer hat diese Bewilligung zu erteilen?
16. Warum und woher hatte die Schulleitung falsche Unterlagen über die verwendeten Mittel? (vgl. oben angeführte Zitate aus dem Elternbrief)
17. Das Umweltinstitut wurde auf Ansuchen von Eltern und der Schule tätig und hat zwei mal Messungen durchgeführt, welche Substanzen wurden festgestellt und in welcher Höhe?
18. Sind alle diese Stoffe für Innenräume zugelassen?
19. Wie wirken sich diese Substanzen grundsätzlich aus?
20. Wurden die bereits vorliegenden Ergebnisse und die daraus abgeleitete Stellungnahme den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zur Verfügung gestellt, bzw. wird das bei den ausständigen Untersuchungsergebnisse und Bewertungen geschehen?
21. Die Reaktion des Schularztes war nicht gerade vertrauensfördernd für die Betroffenen, er war auch sicherlich mit der speziellen Fragestellung fachlich überfordert. Wurde in all den Wochen eine speziell für diesen Bereich ausgebildete Umweltmedizinerin oder ein Umweltmediziner beigezogen?
22. Wurden die Eltern der SchülerInnen befragt, ob ihnen am Gesundheitszustand ihres Kindes etwas aufgefallen ist?
23. Wurden die Lehrpersonen nach Beschwerden bzw. Beeinträchtigungen aufgrund des Raumklimas befragt?
24. Werden die SchülerInnen und LehrerInnen jetzt auf mögliche Schädigungen durch die Inhaltsstoffe der Lacke bzw. anderer verwendeter Baumaterialien untersucht? Waren auch Schwangere den Dämpfen ausgesetzt?

25. Wie ist die geplante weitere Vorgangsweise des Landes in dieser Angelegenheit?

26. Welche Konsequenzen werden aus diesem Vorfall für die künftige Bauplanung und Bauabwicklung bei Landes- und Bundesbauten, die sich in Vorarlberg befinden, gezogen?

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, da derzeit sowohl den Eltern, den LehrerInnen, als auch den SchülerInnen nur sehr wenige konkrete Informationen zur Verfügung stehen, wäre es sehr begrüßenswert, wenn die Beantwortung der Fragen möglichst rasch erfolgen könnte.

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Mit freundlichen Grüßen
LAbg. Sabine Mandak

BEANTWORTUNG DURCH LANDESHAUPTMANN DR HERBERT SAUSGRUBER

Frau LAbg.
Sabine Mandak
Himmelsstiege 1
6800 Feldkirch

Bregenz, am 14. Mai 2002

Betrifft: Anfrage vom 24.4.2002 betreffend Gesundheitsbelastung von Schülerinnen und Schülern, Lehrern und Lehrerinnen am Bundesrealgymnasium Dornbirn-Schoren

Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete,

die an mich gerichtete, oben näher bezeichnete Anfrage betrifft bis auf die Fragen 4, 14 und 15 Angelegenheiten, die nicht dem selbständigen Wirkungsbereich des Landes zuzurechnen sind und daher nicht Gegenstand einer Landtagsanfrage sein können. Dennoch will ich sie, meinem Wissensstand entsprechend, außerparlamentarisch beantworten. Die Fragen 4, 14 und 15 beantworte ich im Sinne der Landesverfassung und der Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag. Die Antwort auf die Fragen 14 und 15 erfolgt im Einvernehmen mit Herrn Landesrat Manfred Rein.

Bevor ich auf die Beantwortung der einzelnen Fragen eingehe, möchte ich auf zwei Unrichtigkeiten in der Einleitung Ihrer Anfrage eingehen:

- a) Es trifft nicht zu, dass die Versiegelung des Bodens an einem Freitag durchgeführt und bereits „am darauffolgenden Montag ... in den Klassen unterrichtet“ worden ist.

Nach Auskunft der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH (IMB), die für die Vermieterin des Schulgebäudes, die Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG) die Hausverwaltung und das Baumanagement durchführt, wurde die dritte, letzte Versiegelung der Böden am 2. und 3. Februar 2002 vorgenommen. Der Unterricht wurde (nach den Semesterferien) am 11. Februar 2002 wieder aufgenommen.

- b) Es trifft nicht zu, dass die Lüftung „bis 14. März, das sind über vier Wochen, nicht funktioniert“ hat.

Nach Auskunft der IMB wurde anlässlich einer Kontrolle am 18. Februar 2002 festgestellt, dass die automatisch gesteuerte Lüftung nicht ordnungsgemäß funktioniert. Fehlerquelle war ein Defekt im Steuerungsprogramm. Die Anlage wurde daraufhin am 19. Februar 2002 auf Handbetrieb umgeschaltet und die Lüftung auf Dauerbetrieb gestellt.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu Frage 1:

Wer ist dafür verantwortlich, dass a) SchülerInnen und b) LehrerInnen während der Zeit in der sie sich innerhalb des Schulgebäudes aufhalten, keinen gesundheitsschädlichen Einflüssen ausgesetzt sind?

Die Aufsicht über die Schüler obliegt in erster Linie der Lehrperson, die insbesondere auch auf die körperliche Sicherheit und auf die Gesundheit der Schüler und Schülerinnen zu achten und Gefahren nach Kräften abzuwehren hat.

Der Schulleiter ist der unmittelbare Vorgesetzte aller an der Schule tätigen Lehrer, Lehrerinnen und sonstigen Bediensteten. In dieser Eigenschaft obliegt ihm auch die Obsorge für die Lehrpersonen an der Schule.

Zu Frage 2:

Welche Aufgaben/Pflichten hat der Schularzt oder die Schulärztin im Falle von Beschwerden von SchülerInnen, die eindeutig in Zusammenhang mit einer baulichen Maßnahme stehen?

Schulärzte haben die Aufgabe, die Lehrerinnen und Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schülerinnen und Schüler, soweit sie den Unterricht und den Schulbesuch betreffen, zu beraten und die hierfür erforderlichen Untersuchungen durchzuführen. Zu den Aufgaben zählt auch die Überwachung des hygienischen Zustandes des Schulgebäudes und seiner Anlagen. Bei ihrer Berater- bzw. Gutachtertätigkeit haben die Schulärzte unter Bedachtnahme auf die einschlägigen Rechtsvorschriften selbständig nach den allgemein anerkannten medizinischen Grundsätzen vorzugehen. Über allfällige gesundheitliche Gefährdungen von Schülern im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen haben sie den vorgesetzten Schulleiter zu informieren und allfällige weitere Maßnahmen im Sinne der Gesundheitspflege vorzusehen bzw. die nötigen Schritte einzuleiten.

Zu Frage 3:

Wer ist dafür verantwortlich, dass a) in Bundesschulen und b) in Pflichtschulen nur Materialien verwendet werden, die den gesetzlichen Richtlinien entsprechen?

Für die Aufbringung zugelassener Fußbodenlacke ist in erster Linie der ausführende Gewerbetreibende verantwortlich (vgl. die Beantwortung der Frage 7).

Zu Frage 4:

Ist das Land Vorarlberg darüber hinaus bereit, in Landesgebäuden höhere Qualitätskriterien für Baumaterialien anzuwenden?

Die Vorarlberger Landesregierung hat im Sinne Ihrer Frage

- mit Erlass vom 29. Jänner 1991, IIIb-742, die Substitution von PVC-haltigen Werkstoffen und
- mit Erlass vom 21. Oktober 1996, VIIc-80.11, den Versicht auf FCKW-, HFCKW- und HFKW-hältige Produkte, Geräte und Anlagen angeordnet,
- mit Schreiben vom 21. Dezember 1999, IVb-784, den Ökoleitfaden Büro und mit Schreiben vom 20. Juli 2000, IIIb-748, den Ökoleitfaden Bau zur Anwendung empfohlen,
- im Energiekonzept 2010 eine Bereitschaft im angesprochenen Sinne bekundet; entsprechend diesem Beschluss werden derzeit energetische und ökologische

Mindestanforderungen für Neubauten und Sanierungen erarbeitet, die unter anderem auch Qualitätskriterien für die anzuwendenden Baustoffe enthalten werden.

Zu Frage 5:

Welche Aufgaben und Pflichten hat die Schulleitung im Fall von gravierenden Beeinträchtigungen nach Baumaßnahmen?

Gemäß § 56 Abs. 4 des Schulunterrichtsgesetzes hat die Schulleitung dem Schulerhalter wahrgenommene Mängel der Schulliegenschaften und ihrer Einrichtungen zu melden. Im gegenständlichen Fall wurden Schularzt, Landesschulrat und das Umweltinstitut des Landes vom Leiter der Schule unverzüglich informiert, nachdem dieser eine ungewöhnlich lange anhaltende Geruchsbelastung festgestellt hatte.

Zu Frage 6:

Welche Lacke wurden auf die Böden der neu renovierten Klassen des BRG Schoren aufgebracht? Wie heißt das Produkt und welcher Anteil von organischen Lösungsmitteln ist darin enthalten?

Nach den Feststellungen des Umweltinstitutes handelt es sich beim verwendeten Lack um ein Zweikomponentenlacksystem bestehend aus der Hauptkomponente 874 SM 2-K-Parkettlack und dem Härter 874. Der Hersteller dieses Lackes ist die Firma Forbo Erfurt GmbH in D-99091 Erfurt. Die Hauptkomponente des Lackes enthält laut Sicherheitsdatenblatt sowie nach Angaben der Herstellerfirma einen Lösungsmittelgehalt von 48 %, der Härter einen Lösungsmittelgehalt von 51 %.

Zu Frage 7:

Entsprechen diese Lacke den gesetzlichen Bestimmungen? Wenn nicht, um wie viel übersteigen die enthaltenen verbotenen Substanzen den zulässigen Grenzwert?

Die IMB teilte mit, dass aus zwingenden technischen Gründen (bestehender Buchenparkett mit stark ausgeprägtem Quellverhalten) ein Lack mit organischem Lösungsmittel verwendet werden musste. Ein Parkettlack mit Wasser als Lösungsmittel hätte starke Schäden am Boden verursacht (lt. Anwendungstechniker und Verlegefirma). Bei vorliegen zwingender Gründe dieser Art darf nach Auskunft der IMB vom gewerblichen Verwender lösungsmittelhaltiger Parkettlack eingesetzt werden.

Zu Frage 8:

Wenn die Lacke nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, wer ist dafür verantwortlich, dass die trotzdem eingesetzt wurden?

Wie zu den Fragen 3 und 7 festgehalten, ist in erster Linie der ausführende Gewerbetreibende für die Aufbringung zugelassener Lacke verantwortlich.

Zu Frage 9:

Wer ist für die Einhaltung der Lösemittelverordnung und des Chemikaliengesetzes zuständig?

Wie zu Frage 8 ausgeführt, ist der ausführende Gewerbetreibende zur Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften verpflichtet.

Zu Frage 10:

Sollte gegen diese Gesetze verstoßen worden sein, was hat das für Konsequenzen?

Im Falle eines Verstoßes würde eine Verwaltungsübertretung nach dem Chemikaliengesetz 1996 in Verbindung mit der Lösungsmittelverordnung 1995 vorliegen. Nach Abschluss der laboranalytischen Abklärungen im Umweltinstitut wird gegebenenfalls Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft erstattet werden.

Zu den Fragen 11 und 12:

Wer hat veranlasst, dass bereits zwei Tage nach dem Lackieren die Klassen wieder benutzt wurden?

Entspricht diese Vorgangsweise den Richtlinien?

In den Bemerkungen zum einleitenden Teil der Anfrage ist dargelegt, dass die Fragestellungen auf unzutreffenden Annahmen beruhen.

Zu Frage 13:

Wer ist dafür verantwortlich, dass die Klassen bereits benutzt wurden, ohne dass die Be- und Entlüftung auf ihre Funktionstauglichkeit überprüft ist?

Bei Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes nach den Semesterferien (11. Februar 2002) wurde davon ausgegangen, dass die schon zuvor in Betrieb gesetzte automatische Be- und Entlüftungsanlage, die der Verbesserung des Raumklimas bei geschlossenen Fenstern und der Energieeinsparung dienen soll, funktionsfähig ist. Erst bei der eine Woche später (18. Februar 2002) vorgenommenen Kontrolle der Anlage wurde festgestellt, dass dies nicht der Fall ist (vgl. die Ausführungen zum einleitenden Teil der Anfrage). Selbstverständlich konnten aber die Fenster zur raschen Lüftung der Räume jederzeit geöffnet werden.

Zu Frage 14:

Ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass vor Bezug eines Gebäudes die Bauabnahme eines Bauteilabschnitts erfolgt, bevor ein Gebäude bezogen wird?

Seit dem Inkrafttreten des neuen Baugesetzes am 1. Jänner 2002 ist bei bewilligungspflichtigen Bauvorhaben die Benützung zulässig, wenn der Behörde die schriftliche Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens bzw. von selbständig benützbaren Teilen, sowie die allenfalls erforderlichen Befunde nach den §§ 29 Abs. 6 erster Satz (Zwischenüberprüfungen) und 37 Abs. 2 (Befund über die Rauch- und Abgasfänge) vorliegen.

Zu Frage 15:

Wenn ja, wer hat diese Bewilligung zu erteilen?

Vgl. die Beantwortung der Frage 14.

Zu Frage 16:

*Warum und woher hatte die Schulleitung falsche Unterlagen über die verwendeten Mittel?
(vgl. oben angeführte Zitate aus dem Elternbrief)*

Die Schulleitung stützte sich bei ihren Maßnahmen auf die Unterlagen, die ihr von der Bauleitung zur Verfügung gestellt wurden. Aus diesen ergab sich zunächst, dass die Grenze von 10 % Lösungsmittelanteil nicht überschritten wurde.

Zu Frage 17:

Das Umweltinstitut wurde auf Ansuchen von Eltern und der Schule tätig und hat zwei mal Messungen durchgeführt, welche Substanzen wurden festgestellt und in welcher Höhe?

Etwa zwei Wochen nach Abschluss der Lackierarbeiten erfolgte im Zeitraum vom 19. Februar 2002 bis zum 7. März 2002 eine Beprobung der Raumluft in drei Klassenzimmern mittels Passivsammlern. Durch die anschließenden Laboruntersuchungen wurden folgende Substanzen bzw. Substanzgruppen in Spuren identifiziert und halbquantitativ bestimmt: Aromatische Kohlenwasserstoffe, Aliphatische Alkane, Hexanal, Essigsäurebutylester, 1-Methoxypropylacetat, Cyclische Siloxane, Cyclohexanisomere.

Für die Quantifizierung der Substanzen wurde am 16. April 2002 durch eine Wiener Spezialfirma eine aktive Probenahme durchgeführt. Die Gehalte der untersuchten Schadstoffe lagen dabei deutlich unter den Richtwerten, die vom deutschen Bundesgesundheitsamt empfohlen werden.

Um auch eine allfällige Abnahme der Schadstoffkonzentrationen dokumentieren zu können, wurde im Zeitraum vom 16. bis 29. April 2002 nochmals eine Beprobung mit Passivsammlern vorgenommen. Aus dem Vergleich der Ergebnisse der beiden Passivsammler-Messserien ergibt sich eine deutliche Abnahme der Schadstoffkonzentrationen gegenüber der Erstmessung.

Zu Frage 18:

Sind alle diese Stoffe für Innenräume zugelassen?

Hinsichtlich der nachgewiesenen Substanzen bestehen keine gesetzlichen Verbote. So sind die gefundenen Verbindungen u.a. Bestandteile vieler zugelassener Lacke, Kleber und Dichtungsmassen. Gehaltsbeschränkungen für bestimmte Produkte sind durch das Chemikaliengesetz geregelt (vgl. für den vorliegenden Fall die Antwort auf die Frage 10).

Zu Frage 19:

Wie wirken sich diese Substanzen grundsätzlich aus?

In der Praxis werden die Richtwerte für Innenraumluft des deutschen Bundesgesundheitsamtes als Bewertungsgrundlage herangezogen. Wie in der Antwort auf die Frage 17 ausgeführt, lagen die Gehalte der untersuchten Schadstoffe bei der quantitativen Untersuchung am 16. April 2002 deutlich unter diesen Richtwerten.

Zu Frage 20:

Wurden die bereits vorliegenden Ergebnisse und die daraus abgeleitete Stellungnahme den SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen zur Verfügung gestellt, bzw. wird das bei den ausstehenden Untersuchungsergebnissen und Bewertungen geschehen?

Die ersten Untersuchungsergebnisse des Umweltinstitutes liegen in Form von drei Prüfberichten vor. Ein Schlussbericht soll vom Umweltinstitut demnächst vorgelegt werden. Selbstverständlich wird er der Schule zur Verfügung gestellt. Die vorhandenen Informationen wurden von der Direktion in Gesprächen und im „Dienstbuch“ an die Lehrkräfte weitergegeben. Auch die Eltern wurden so rasch als möglich informiert. Dasselbe wird mit dem Schlussbericht geschehen.

Zu Frage 21:

Die Reaktion des Schularztes war nicht gerade vertrauensfördernd für die Betroffenen, er war auch sicherlich mit der speziellen Fragestellung fachlich überfordert. Wurde in all den Wochen eine speziell für diesen Bereich ausgebildete Umweltmedizinerin oder ein Umweltmediziner beigezogen?

Der Schularzt hat seinen Aufgaben entsprechend gehandelt und die vorgesetzten Dienststellen benachrichtigt. Außerdem wurden die nach dem Bundesbediensteten-Schutzgesetz beauftragte Firma sowie die zuständigen Fachleute des Umweltinstitutes beigezogen.

Zu Frage 22:

Wurden die Eltern der SchülerInnen befragt, ob ihnen am Gesundheitszustand ihres Kindes etwas aufgefallen ist?

Der Schularzt hat 5 bis 7 Meldungen von Kindern erhalten. Der Schulleiter hat persönlich mit 3 Müttern gesprochen. In keinem Fall konnte ein direkter Zusammenhang zwischen den Emissionen und den besonderen Auffälligkeiten festgestellt werden. Die Klassenelternvertreter wurden am 5. und 6. März 2002 in einen der belasteten Klassenräume geführt.

Zu Frage 23:

Wurden die Lehrpersonen nach Beschwerden bzw. Beeinträchtigungen aufgrund des Raumklimas befragt?

Mit den Lehrpersonen wurden wiederholt Gespräche geführt. Ihre Äußerungen wurden bei den verschiedenen Maßnahmen berücksichtigt.

Zu Frage 24:

Werden die SchülerInnen und LehrerInnen jetzt auf mögliche Schädigungen durch die Inhaltsstoffe der Lacke bzw. anderer verwendeter Baumaterialien untersucht? Waren auch Schwangere den Dämpfen ausgesetzt?

Solche Untersuchungen sind nach Meinung des Schularztes nicht angezeigt. Schwangere waren den Belastungen nicht ausgesetzt.

Zu den Fragen 25 und 26:

*Wie ist die geplante weitere Vorgangsweise des Landes in dieser Angelegenheit?
Welche Konsequenzen werden aus diesem Vorfall für die künftige Bauplanung und
Bauabwicklung bei Landes- und Bundesbauten, die sich in Vorarlberg befinden, gezogen?*

- a) Bei Neubauten und Erneuerungen von Fußböden sollen Materialien eingesetzt werden, für deren Versiegelung keine Lacke notwendig sind, deren Masseanteil von organischen Lösungsmitteln 10 v H übersteigt.
- b) Bei Sanierungen von bestehenden Fußböden, bei denen lösungsmittelhaltige Lacke für die dauerhafte Versiegelung notwendig sind, sollen längere Zeiträume zwischen der Verarbeitung und dem Bezug der Räumlichkeiten eingeplant werden.

Mit freundlichen Grüßen
Dr Herbert Sausgruber
Landeshauptmann